

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3124, 16/3125 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Haushalt 2007 ist ein Haushalt der „Vertanen Chancen“. Er ist für die Bürger ein Haushalt der Belastungen und wird sich in den kommenden Jahren als schwere Hypothek für die Menschen erweisen. Die steuerlichen Maßnahmen zusammen mit den Beitragssatzanhebungen in der Renten- und Krankenversicherung führen zu Belastungen von annähernd 35 Mrd. Euro. Dem stehen Entlastungen durch die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von rd. 17 Mrd. Euro gegenüber.

Die Bundesregierung hat mit dem Haushalt 2007 eine Vielzahl von Chancen vertan. Sie hat die Chance vertan

- auf die unsoziale und konjunkturschädliche Mehrwertsteuererhöhung zu verzichten,
- zu einem stabilen Wirtschaftswachstum und damit zu einer dauerhaften Verringerung der Arbeitslosigkeit zu gelangen,

- die Neuverschuldung von 19,6 Mrd. Euro noch weiter abzusenken, da sie ihre im Haushaltsentwurf veranschlagten Ansätze bei den Arbeitsmarktausgaben um über 3,4 Mrd. Euro verfehlt hat,
- auf den haushaltssystematisch falschen Steuerzuschuss an die Krankenkassen zu verzichten und umgeht damit notwendige Systemveränderungen. Mit einmaligen Einnahmen werden dauerhaft Ausgaben zu Lasten des Bundeshaushalts finanziert,
- über einen Abbau der konsumtiven Ausgaben die Staatsquote zu senken und die strukturelle Schieflage des Haushalts durch Stärkung der Investitionen zu verbessern.

Mit dem Haushalt 2007 steigt die Verschuldung trotz hoher Mehreinnahmen weiter. Die Etatsanierung ist halbherzig und wird dem von der Koalition selbst gestellten Anspruch einer konsequenten Konsolidierung nicht gerecht. Dies dokumentieren im Vergleich zum Haushalt 2006 die Ausgabensteigerungen in Höhe von rd. 9 Mrd. Euro auf 270,5 Mrd. Euro.

Mit dem Haushalt 2007 werden Bürger und Unternehmen in bisher nicht dagesessener Weise über das Steuerdiktat der Bundesregierung abkassiert. Nimmt man alle steuerpolitischen Maßnahmen, so profitiert der Bund auf der Einnahmenseite von rd. 15 Mrd. Euro. Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden können sogar über 27 Mrd. Euro als Einnahmen verbuchen.

Es ist festzustellen: Nicht die Regierung saniert, sondern die Sanierung wird den Bürgern und Steuerzahlern aufgezwungen.

Dabei belegen die aktuellen Zahlen der Steuerschätzung, dass die Haushaltsprobleme statt über Steuererhöhungen auch über eine wachstumsfreundliche Politik gelöst werden können.

Für 2007 ergeben sich gemäß der November-Steuerschätzung 20,1 Mrd. Euro an prognostizierten Steuer Mehreinnahmen (Mehrwertsteuererhöhung: 19,4 Mrd. Euro) gegenüber der Steuerschätzung im Mai. Davon entfallen auf den Bund 9 Mrd. Euro. Mit der guten Konjunktur des Jahres 2006 im Rücken, die die Steuereinnahmen sprudeln und die Arbeitslosigkeit sinken lässt, besteht Spielraum, auf die Mehrwertsteuererhöhung zu verzichten. Dies wäre ökonomisch sinnvoll, konjunkturpolitisch geboten und haushaltspolitisch vertretbar.

Die rot-schwarze Koalition gibt sich einer neuen Lebenslüge hin: Sie will nicht zur Kenntnis nehmen, dass der gegenwärtige Aufschwung ein Erfolg angebotsorientierter Politik ist. Gerade jetzt, wo sich überwiegend positive Ergebnisse aufgrund einer vernünftigen Angebotspolitik abzeichnen und Deutschland endlich einmal wieder signifikante Wachstumsraten aufzuweisen hat, vollzieht die Koalition eine vollständige Abwendung von wachstumsorientierter Finanzpolitik. Die vom Bundesfinanzminister zu verantwortende Politik der ständigen Steuererhöhungen wird den Konsum und die Investitionen dämpfen und sich negativ auf die angesprungene Konjunktur auswirken. Dies zeigt sich deutlich an dem von der Bundesregierung selbst unterstellten Wirtschaftswachstum (BIP) für das Jahr 2007 von 1,4 Prozent. Für das Jahr 2006 ist von einem BIP in Höhe von 2,4 Prozent auszugehen.

Die Bundesregierung hat somit zu verantworten, dass es durch die verschiedenen steuerpolitischen Maßnahmen zu einem regelrechten Konjunkturinbruch kommen wird. Dieser Konjunkturinbruch lässt die wirtschaftliche Erholung erstarren und nimmt jegliche wirtschaftliche Dynamik. Gerade die öffentliche Finanzpolitik trägt gesamtwirtschaftliche Verantwortung und ist maßgeblich für ein beschäftigungsförderndes Wachstum. Dieser Verantwortung wird die Bundesregierung nicht gerecht.

Ebenso verfehlt die Bundesregierung mit dem vorliegenden Haushalt das im Koalitionsvertrag ausgegebene Ziel, ab dem Jahr 2007 die Sozialabgaben dauerhaft auf unter 40 Prozent zu senken. Während der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 4,2 Prozent sinken soll, steigen gleichzeitig der Renten- und der Krankenkassenbeitrag. Im besten Fall wird eine Absenkung der Sozialabgaben auf 40,5 Prozent erreicht. Jedoch ist eine gesicherte dauerhafte Senkung der Sozialabgaben nicht gegeben, solange die eigentlichen Strukturprobleme in den sozialen Sicherungssystemen nicht beseitigt werden. Es fehlt bisher ein schlüssiges Konzept. Beispielhaft hierfür steht der Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung beim Steuerzuschuss an die gesetzlichen Krankenkassen. Obwohl die Koalition noch Mitte des Jahres bei den Beratungen zum Haushaltsbegleitgesetz 2006 das Auslaufen des Bundeszuschusses an die Krankenkassen ab dem Jahr 2008 beschlossen hat, wird dieser Beitrag kurzerhand um 1 Mrd. Euro auf 2,5 Mrd. Euro aufgestockt und soll sukzessive anwachsen. Diese Entscheidung dokumentiert einmal mehr eine fehlende Systematik im Regierungshandeln; sie wird sich darüberhinaus im Hinblick auf einen ausgeglichenen Haushalt durch das Anwachsen des Steuerzuschusses auf 15 Mrd. Euro als unheilvoll und belastend für den Bundeshaushalt erweisen.

Um den Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung zu ermöglichen, die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung zu gewährleisten und gleichzeitig einen verfassungskonformen Haushalt zu erzielen, hat die FDP als Gegenkonzept ein „Liberales Sparbuch“ erstellt. Mit einem Entlastungsvolumen von mehr als 8,6 Mrd. Euro in über 450 Anträgen sind diese Ziele erreichbar.

Dieses Vorgehen entspricht dem Prinzip der Vorsorge in der Haushaltspolitik und ist wachstumspolitisch geboten. Damit könnte der Haushalt zum Impulsgeber für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt werden.

Berlin, den 21. November 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

